

BILDUNGSKURIER

MAGAZIN DER LANDESBILDUNGSORGANISATION DER SPÖ OÖ • NR. 3 • 72. JG, SEPTEMBER 2021

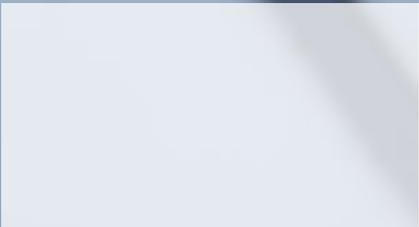
ÖSTERREICHISCHE POST AG • GZ 02Z032837 M • P.b.b. • SPÖ Oberösterreich, Landstraße 36/1, 4020 Linz



Arbeit, Bildung & Pflege

Sozialer Fortschritt
für Oberösterreich!

Seite 6



SPÖ-Spitzenkandidatin LRⁱⁿ Birgit Gerstorfer

Wirtschaft:

Den Aufschwung
für alle
ermöglichen

Seite 4

Gemeindepolitik:

Wie menschen-
freundliche Politik in
der Kommune gelingt

Seite 9

Wahlkampf:

Worauf es bei den
kommenden Wahlen in
Oberösterreich ankommt

Seite 10

MEIN BONUS

Für mich soll's viele Punkte regnen.

Punkte sammeln und regionale Vorteile abstauben.
Der Kundenklub der Energie AG ist voller Heimvorteile und attraktiver Angebote. Jetzt registrieren, punkten und gewinnen!

www.energieag.at/meinbonus



Barbara Haas,
WTA-Tennisprofi



ENERGIE AG
Oberösterreich
Wir denken an morgen



WIR MACHEN IHR EVENT MÖGLICH

Sie sind auf der Suche nach einem Wohlfühlraum, in dem Ihr Seminar, Ihre Besprechung, Sitzung oder Präsentation **unter Berücksichtigung der Corona-Maßnahmen** stattfinden kann? Wir im Central Linz bieten Ihnen ideale Bedingungen für Ihr Event.



Eben noch direkt auf der Landstraße und keine zehn Schritte weiter in einer echten Großstadtoase. Nutzen Sie unsere 300 m² als Spielwiese für Ihre Ideen.



www.centrollinz.at
office@centrollinz.at
+43 (0) 5 7726 1199

Folgen Sie uns auf Facebook & Instagram // @centrollinz

Alle Infos zu den Veranstaltungen & zur Vermietung unter www.centrollinz.at

Landstraße 36 | 4020 Linz | office@centrollinz.at | +43 5 7726 1199

„Stärker werden!“ als Wahlziel

BERND DOBESBERGER • CHEFREDAKTEUR



Bald sind Wahlen in Oberösterreich: Landtag, Gemeinderät*innen und Bürgermeister*innen werden neu gewählt. Ziele, die Parteien üblicherweise vor Wahlgängen formulieren, sind „Stärker werden!“ oder „Mehr Mandate erreichen!“. Es geht aber auch darum, dies genauer zu begründen.

Das erste Ziel der Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen muss es sein, eine Neuaufgabe der bisherigen Koalition zu verhindern. Seit den letzten Landtagswahlen 2015 und insbesondere nach dem Ausscheiden von Josef Pühringer als Landeshauptmann im April 2017 demonstriert die oberösterreichische Volkspartei türkise Politik – noch vor der Übernahme der Bundes-ÖVP durch Sebastian Kurz. Die Koalition in Oberösterreich mit den Freiheitlichen, die Ausrichtung der Landespolitik an einem ausgeglichenen Budget, die rigide Politik gegenüber Zugewanderten, das

Zurückdrängen sozialpartnerschaftlicher Lösungen – all das entspricht der politischen Ausrichtung der Regierung Kurz I mit der Strache-FPÖ.

Die naheliegende Option für die Volkspartei wäre es nun, ein Regierungsübereinkommen mit den Grünen zu schließen, um diesmal dem Vorbild Kurz zu folgen. Die Grünen sind auch in Oberösterreich dafür zu haben und bringen sich dafür seit Monaten in Stellung. Sie werden versuchen, eigene Akzente, beispielsweise in der Klima- oder der Kulturpolitik, einzubringen. Durch die Dominanz der Volkspartei wird davon aber nicht viel übrigbleiben. Zweites Ziel der Sozialdemokratie muss es daher sein, bei den Wahlen stärker zu werden. Denn es geht darum, nach den Wahlen die anstehenden sozial- und wirtschaftspolitischen Konflikte mit der Regierungs- und Landtagsmehrheit gestärkt führen zu können.

Inhalt

- 4 Wirtschaft:** Wie es gelingen kann, den Aufschwung für alle zu ermöglichen, weiß Matthias Schnetzer.

- 6 SPÖ:** Ein Plädoyer für den sozialen Fortschritt in Oberösterreich hält Michael Lindner.

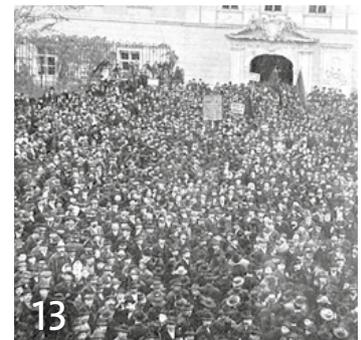
- 8 ÖVP:** Was die ÖVP in Oberösterreich plant, hat Žarko Janković versucht herauszufinden.

- 9 Gemeindepolitik:** Wie menschenfreundliche Politik in der Kommune gelingen kann, erklärt Erich Wahl.

- 10 Wahlkampf:** Worauf es bei den kommenden Wahlen in Oberösterreich ankommt, darüber reflektieren Birgit Gerstorfer, Ines Schiller und Christian Penn.

- 12 Aktivismus:** Warum es sich auszahlt, bei der SPÖ aktiv zu sein, erzählt David Diesenreither.

- 13 Geschichte:** Bilanz über 130 Jahre SPÖ Oberösterreich zieht Bernd Dobsberger.



PEFC zertifiziert
Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen
www.pefc.at

gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des österreichischen Umweltzeichens, Gutenberg-Werbering GmbH, UW-Nr. 844



Klimaneutral
Druckprodukt
ClimatePartner.com/53401-2678-0009

Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: Sozialdemokratische Partei Österreich, Landesorganisation – Landesbildungsausschuss, 4020 Linz, Landstraße 36/1
Tel: 05-77 26 11-16, annemarie.obermueller@spoe.at, www.renner-institut.spoe.at

Redaktion: Bernd Dobsberger, Georg Hubmann, Wolfgang Kemptner, Manuel Kreuzer, Gerald Mitterlehner, Annemarie Obermüller, Peter Rohrmoser

Grundsätzliche Richtung: sozialdemokratisch

Hersteller: Gutenberg-Werbering Ges.m.b.H.

Nr. 03/21, September, SPÖ OÖ-Info-Nr. 3/2021, GZ 02Z032837 M,
P.b.b. Erscheinungsort Linz, SPÖ OÖ, 4020 Linz, Landstraße 36/1

Den Aufschwung für alle ermöglichen

Obwohl die Industriellenvereinigung die Pandemie aus ökonomischer Sicht bereits für beendet erklärt, sind längst nicht alle wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Gesundheitskrise überwunden.

MATTHIAS SCHNETZER

Sozialstaat als finanzieller Rettungsanker

Die neueste Wirtschaftsprognose des WIFO hat im Juni für Aufbruchsstimmung gesorgt. Nach mehrmaliger Revision wird für das laufende Jahr ein reales BIP-Wachstum von vier Prozent erwartet, 2022 soll die Wirtschaftsleistung dann nochmals um fünf Prozent ansteigen. Nach dem Einbruch im Jahr 2020 von 6,3 Prozent scheint die Rückkehr zur Normalität zum Greifen nah. Doch ein genauerer Blick zeigt, dass der Aufschwung nicht in allen Branchen in gleichem Maße zu spüren ist. Während die Konjunktur in der Industrie und der Bauwirtschaft kräftig anzieht, schwächelt der Tourismus trotz Öffnungen weiter. Die ungleiche Entwicklung schlägt sich auch am Arbeitsmarkt nieder. Die Daten belegen einen spürbaren Anstieg der Industriebeschäftigung, in Beherbergung und Gastgewerbe ist das Vorkrisenniveau dafür noch lange nicht wieder erreicht.

Die Dynamik des Wirtschaftsaufschwungs hat nicht alle Menschen in Österreich erreicht. Noch immer wirken sich die Folgen der Pandemie dra-

matisch auf den Lebensstandard vieler Menschen aus, etwa bei Erwerbslosen, Armutsgefährdeten, kleinen Selbständigen oder Alleinerziehenden. Die ohnehin hohe Arbeitslosenquote von 7,4 Prozent vor der Krise soll laut WIFO erst 2024 wieder erreicht werden. Die Zahl der Langzeiterwerbslosen lag heuer im Juni mit rund 138.000 noch um 40.000 über dem Vergleichswert 2019. Im Jahr 2020 wurde ein Anstieg der Armuts- und Ausgrenzungsgefährdeten um fast 60.000 Personen verzeichnet, insgesamt betrifft dies nun 17,5 Prozent der Bevölkerung. Alleinerziehende bangen dem Herbst entgegen, wo eine weitere Ansteckungswelle und damit erneut Ausfälle in der Kinderbetreuung drohen. Für viele dieser Menschen war der Sozial-

„Für viele Menschen war der Sozialstaat ein finanzieller Rettungsanker im Corona-Jahr.“

staat ein finanzieller Rettungsanker im Corona-Jahr. Die Sozialausgaben stiegen insgesamt um 11 Prozent auf 130 Milliarden Euro, wobei vor allem Ausgaben für das Arbeitslosengeld (+55 Prozent), Not-

DER AUTOR:

Matthias Schnetzer ist Ökonom in der Arbeiterkammer Wien und Lektor an der Wirtschaftsuniversität Wien. Sein Forschungsschwerpunkt ist Einkommens- und Vermögensverteilung.



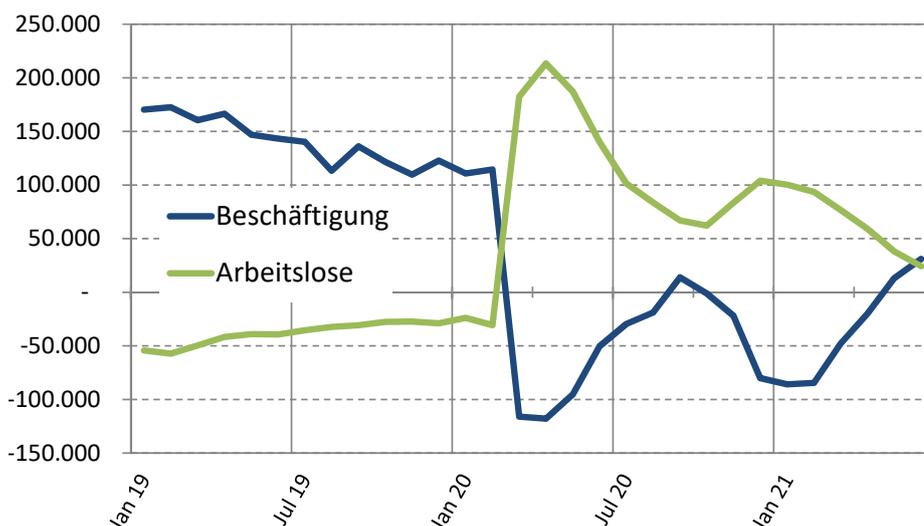
standshilfe (+42 Prozent) und Familienbeihilfe (+21 Prozent) deutlich zunehmen und Kurzarbeit für mehr als eine Million Arbeitnehmer*innen finanziert wurde.

Wer zahlt die Krise?

Die dringlichste Aufgabe der Politik ist nun, im Aufschwung niemanden zurückzulassen. Denn während zuletzt auch die Zahl der offenen Stellen gestiegen ist, fielen diese öfter durch Gehaltsangaben nahe der Armutsschwelle, wenig attraktive Arbeitsbedingungen und familienunfreundliche Arbeitszeiten auf. Bessere Rahmenbedingungen in manchen Branchen, kräftige und der Hochkonjunktur angemessene Lohnzuwächse, bessere Vermittlung durch mehr Personal beim AMS, zukunftsorientierte Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote oder eine öffentliche Jobgarantie auf kommunaler Ebene sind wichtige Ansatzpunkte, damit der Aufschwung auch bei allen ankommt.

Die öffentliche Hand hat mit großzügigen Hilfsleistungen für Unternehmen und notwendiger Unterstützung für Arbeitnehmer*innen einen wichtigen Beitrag zur Krisenbewältigung geleistet. Nach der Akuthilfe müssen staatliche Investitionen in sozial und ökologisch nachhaltige Bereiche nun ein Motor für gesellschaftlichen Fortschritt und Wohlstand zukünftiger Generationen sein. Aber schon jetzt stellen neoliberale Kräfte die Frage nach der Finanzierung der Krisenkosten und schwelgen bereits in Kürzungsphantasien beim Sozialstaat. Dabei gibt es zumindest drei Argumente, wie die öffentliche Hand nötige Hilfe und

Beschäftigte und Arbeitslose
(Absolute Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat). Quelle: AMS, SV



wichtige Zukunftsinvestitionen in hoher Qualität ausreichend finanzieren kann.

Öffentliche Investitionen sind finanzierbar

Erstens sorgt das seit Jahren niedrige Zinsumfeld für äußerst günstige Finanzierungsbedingungen über Staatsanleihen. Durch das Auslaufen alter Anleihen mit hohen Zinsen spart sich Österreich aktuell mehrere Hundert Millionen Euro Zinszahlungen pro Jahr. Zuletzt wurde 2020 eine 100-jährige Anleihe mit einem Zinssatz von 0,85 Prozent ausgegeben, deren langfristig positive Effekte bei richtigem Mitteleinsatz die Zinslast für zukünftige Generationen deutlich übersteigen. Zudem hat Österreich 3,5 Milliarden Euro aus dem EU-Wiederaufbaufonds zugesagt bekommen – ohne Rückzahlungsverpflichtung.

Zweitens tragen sich die Kosten von beschäftigungsintensiven Investitionen teilweise sogar alleine. Diese Selbstfinanzierung beruht darauf, dass die geschaffene Beschäftigung auch Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge generiert und die Sozialausga-

ben für Arbeitslosigkeit reduziert. Das AMS hat berechnet, dass eine Jobgarantie im kommunalen Sektor sogar nahezu kostenneutral sein könnte, wenn man die Kosten von rund 30.000 Euro pro Jahr und Langzeiterwerbslosem berücksichtigt.

Drittens gibt es eine Bevölkerungsgruppe, die in der Krise sogar kräftig profitiert hat: Die reichsten 100 Familien in Österreich haben ihr Vermögen in der Pandemie um fast 50 Milliarden vergrößert. Da es weder Vermögens- noch Erbschaftssteuern gibt, ist der Anteil an vermögensbezogenen Steuern am gesamten Steueraufkommen in Österreich besonders gering. Kaum ein anderes OECD-Land erhebt so geringe Abgaben auf Vermögen. Die Krisenkosten sowie wichtige Zukunftsinvestitionen für die gesamte Gesellschaft verlangen einen fairen Beitrag der



Die Krisenkosten sowie wichtige Zukunftsinvestitionen für die gesamte Gesellschaft verlangen einen fairen Beitrag der Superreichen.

Superreichen. Eine progressive Millionärssteuer ist längst überfällig.

Einer ungleichen Pandemie darf nun kein ungleicher Aufschwung folgen. Auf die drastischen Umbrüche durch die Corona-Krise müssen entschlossene Maßnahmen folgen, die eine Erhöhung des Lebensstandards für die breite Bevölkerung, Lösungen für weiterhin drängende Herausforderungen in Klima- und Sozialpolitik sowie eine Antwort auf die Verteilungsschieflage bieten.

SPARKASSE 
Oberösterreich

#glaubandich



www.sparkasse-ooe.at

Sozialer Fortschritt für Oberösterreich

Mit viel Selbstbewusstsein und einem klaren Programm gehen wir als SPÖ Oberösterreich in diese Wahlauseinandersetzung. Wir wollen eine Politik für die Vielen, nicht für die Privilegierten.

MICHAEL LINDNER

Oberösterreich verändern – zu einer weltoffenen Region, die den sozialen Fortschritt für die Menschen organisiert. Das ist unser Ziel und das drücken auch unsere drei Schwerpunktthemen dieser Wahlauseinandersetzung aus, die gerade nach Corona eine neue Brisanz bekommen haben: Arbeit, Bildung und Pflege.

Gute Arbeit für alle im Land

Die aktuelle wirtschaftliche Krise aufgrund der Pandemie ist noch nicht überwunden. Anspruch unserer Politik

„Anspruch unserer Politik sind gute Jobs, bei denen am Ende des Monats noch etwas im Börsel übrig bleibt.“

sind gute Jobs – also solche, von denen man bei Vollzeitbeschäftigung auch vernünftig leben kann und bei denen am Ende des Monats noch etwas im Börsel übrig bleibt. Das heißt, dass Urlaub und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (Veranstaltungen, Hobbies, Sport etc.) für die ganze Familie leistbar sind. Das Land hat die Möglichkeit, sich über Garantien, Förderungen und direkte Investments an jenen zukunftsfähigen oberösterreichischen Betrieben zu beteiligen, die Arbeitsplätze (im Land) absichern und gute Arbeit schaffen.

Zugleich bringen Investitionen in den Wohnbau oder in die Infrastruktur neuen Aufschwung und schaffen dauerhafte Werte. Damit alle eine Chance auf gute Arbeit haben und niemand zurückbleibt, wollen wir ergänzend eine geförderte Landes-Joboffensive für Langzeit-Arbeitslose in Bereichen mit gesellschaftlichem Mehrwert nach Vorbild der erfolgreichen Aktion 20.000 starten.

In Bildung investieren, nicht in Reiche

Die Zukunft Oberösterreichs liegt in gut ausgebildeten Menschen. Lehrumfeld und auch das Lehrmaterial im Pflichtschulbereich sind überholt. Wir schleppen einen massiven 500 Millionen Euro schweren Rucksack bei Schulbauten und Sanierungen nach. So manche Schule wartet schon 30 Jahre auf die nötige Baumaßnahme. Wir wollen eine Lernumgebung und Schulen für die Zukunft bauen. Das sichert gute Arbeitsplätze und schafft bei den Kindern die Voraussetzung für Lernerfolg.

Machen wir die Schulen pandemiefit - mit antimikrobiellen Luftfilteranlagen, CO₂-Messgeräten und mehr Gruppenräumen, so dass geregelter Präsenzunterricht künftig selbst in Pandemiezeiten möglich ist.

Geben wir den Schüler*innen neue zeitgemäße Lehrmittel: Tablets kostenlos zur Verfügung zu stellen, ist so etwas wie die Schulbuchaktion des 21. Jahrhunderts. Das ist ein Akt gesellschaftlicher Solidarität, mit dem wir unter den Kindern die gleichen Lernvoraussetzungen und zeitgemäße Lehrmöglichkeiten schaffen.

Pflege braucht Liebe, Zeit und Geld

Unsere Gesellschaft wird (zum Glück) immer älter – eine Herausforderung für das Pflegesystem der nächs-

„Nur mit genügend gut ausgebildeten Mitarbeiter*innen gelingt eine menschenwürdige und liebevolle Pflege.“

ten Jahrzehnte. Das Herzstück sind natürlich genügend gut ausgebildete Mitarbeiter*innen. Nur so gelingt eine

DER AUTOR:

Michael Lindner ist Klubobmann des SPÖ-Landtagsklubs Oberösterreich und Bezirkspartei-vorsitzender der SPÖ Freistadt.



menschenwürdige und liebevolle Pflege. Die Herausforderung ist, auch in Zukunft bei noch stärkeren Bedarfen im Pflegebereich ausreichend Fachkräfte zu haben und möglichst ein ganzes Berufsleben lang zu halten. Das wird nur über einen besseren Personalschlüssel, passende Arbeitszeitmodelle, eine faire Bezahlung und die Entlastung von „Nebentätigkeiten“ gelingen. Wir wollen auch, dass die Ausbildungsphase bereits gut bezahlt wird. Nur so bekommt man Berufsumsteiger*innen, die schon mitten im Leben stehen und Versorgungspflichten haben, in den Pflegebereich. Auf Initiative unserer Soziallandesrätin Birgit Gerstorfer wird es nach der Wahl auch ein Anstellungsmodell für pflegende Angehörige nach dem Modell Burgenland geben. Aktuell läuft im Sozialressort bereits im Bereich beeinträchtigter Kinder ein solches Projekt.

Die Demokratie in Oberösterreich reparieren

Als SPÖ-Klubvorsitzender in Oberösterreich ist mir schmerzlich bewusst geworden: Wir sind in vielen Bereichen demokratiepolitisches Notstandsgebiet. Wir müssen die Demokratie in Oberösterreich reparieren. Wir brauchen mehr

„Wir müssen die Demokratie in Oberösterreich reparieren.“

**IN
BILDUNG
INVESTIEREN,
NICHT IN REICHE.**

**BIRGIT
GERSTORFER**

ES BRAUCHT JETZT MEHR SPÖ.

Die SPÖ Oberösterreich steht mit einem selbstbewussten Programm bereit, den sozialen Fortschritt in Oberösterreich zu organisieren.

Handlungsmöglichkeiten für unsere Abgeordneten und damit mehr Rücksicht auf den Wählerwillen und bessere Kontrolle der Regierenden.

Viel wird derzeit über das Proporzsystem diskutiert, doch das eigentliche Problem sind die unterentwickelten Minderheiten- und Abgeordnetenrechte. Solange die Stellung der Abgeordneten nicht deutlich gegenüber der Landesregierung gestärkt wird, kann es zu keiner Veränderung hin zu einer Konkurrenzdemokratie mit definitiver Trennung zwischen Regierung und Opposition kommen.

Stärkung heißt für uns die Einsetzung von Untersuchungskommissionen (Pendant im Landtag zu den U-Ausschüssen) als Minderheitenrecht, ein Akteneinsichtsrecht für Landtagsabgeordnete und die umfassende Veröffentlichung von Anfragebeantwortungen. Das stärkt

die Rolle der Abgeordneten gegenüber der Regierung. Auch verdient der Landtag mit seiner Budgethoheit einen eigenen unabhängigen Budgetdienst, damit alle Volksvertreter*innen dieselbe fundierte und unvoreingenommene Information zum Budget bekommen und nicht vom Informations-Gutdünken des/der jeweiligen Finanzreferent*in (aktuell der Landeshauptmann) abhängig sind. Die elektronische Einbringungs- und Unterstützungsmöglichkeit von Petitionen (ebenfalls analog zum Bundesparlament) fügen dem entsprechenden Demokratiepaket eine Bürgerbeteiligungs-Komponente hinzu.

Keine Koalition ohne spürbare Verbesserungen für die Menschen im Land

All unsere genannten Schwerpunkte haben wir sechs Jahre lang mit unzähligen Initiativanträgen in den Landtag eingebracht. Wir stehen jetzt mit einem selbstbewussten Regierungsprogramm bereit, den sozialen Fortschritt in Oberösterreich zu organisieren. Im Gegensatz zu FPÖ und Grü-

nen sind wir aber nicht bereit, um einer Koalition Willen unsere wichtigen Anliegen, die unsere Gesellschaft verbessern und den Zusammenhalt im Land stärken, beiseite zu schieben. Wir sind aktuell die einzige Partei im Landtag, die nicht bereits jetzt öffentlich und unumwunden um eine Zusammenarbeit mit der ÖVP buhlt.

„Uns wird es nicht billig geben. Um mit uns eine Koalition einzugehen, wird die ÖVP weit über ihren Schatten springen müssen.“

Uns wird es nicht billig geben. Um mit uns eine Koalition einzugehen, wird die ÖVP weit über ihren Schatten der vergangenen drei Legislaturperioden springen müssen.

Impressum: SPÖ Oberösterreich, Landstraße 35, 4020 Linz, Bild: Sebastian Philipp

Was plant die Stelzer-ÖVP?

Als Spitzenkandidat der ÖVP Oberösterreich lässt

Thomas Stelzer potentielle Wähler*innen über seine Wahlziele im Dunklen.

Statt Programm und Inhalt gibt es arrangierte Bilder und abstrakte Zahlenspiele.

ŽARKO JANKOVIĆ

Seit dem Frühjahr sind Landeshauptmann und ÖVP-Spitzenkandidat Thomas Stelzer und sein Geschäftsführer Wolfgang Hattmannsdorfer darum bemüht, jegliche politische Regung und Forderung im Land als bloßes „Wahlkampfgedöns“ anzuprangern und kleinzureden. Die Abwehr von Kritik an Missmanagement und Untätigkeit der schwarz-blauen Regierungskoalition scheint deren einzige Linie zu sein. Ernsthafte Bemühungen zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen und zur Sicherung der Pflege und der Gesundheitsversorgung sucht man hingegen vergeblich. Dringend notwendige Investitionen in Bildung und Kinderbetreuung? Ebenfalls Fehlanzeige.

Spar- und Geizpolitik à la ÖVP Oberösterreich

Stattdessen fährt die ÖVP gemeinsam mit der FPÖ in Oberösterreich seit Jahren eine restriktive Spar- und Geizpolitik, deren Konsequenzen auf allen Ebenen für die Bevölkerung zu spüren sind. Diese Politik führte seit Ausbruch der Corona-Pandemie zum völlig gescheiterten Contact-Tracing mit der geringsten Aufklärungsquote aller Bundesländer. Sie führte zu einer der niedrigsten Testquoten in ganz Österreich. Und sie führte zu einer desaströsen Durchimpfungsrate. Hinzu kommen die Einsparungen im Gesundheitswesen durch das Festhalten an der Pühringer-Spitalsreform, die ausgerechnet in Pandemiezeiten Leistungskürzungen für die Patient*innen und Mehrbelastungen für das Gesundheitspersonal brachte. Dass trotzdem die Sparziele verfehlt wurden, lässt für die Zukunft nichts Gutes erahnen.

Stelzer wurde im Schatten des damals noch aufstrebenden Sebastian Kurz vor vier Jahren Landesparteiobmann und Landeshauptmann. Obwohl er heuer zum ersten Mal als Spitzenkandidat zur Wahl

antritt, lässt er kaum Interesse durchblicken, den Wähler*innen sein Programm und seine Ideen vorzustellen. Im März

„Es scheint das einzige Ziel der ÖVP zu sein, sich möglichst unbehelligt von „lästigen Bürger*innen“ den Machterhalt zu sichern.“

liebäugelte er noch mit der Vorverschiebung der Wahl. Es scheint das einzige Ziel der ÖVP zu sein, sich möglichst unbehelligt von „lästigen Bürger*innen“ den Machterhalt zu sichern.

Inhaltsleere Ankündigungen im „Oberösterreich-Plan“

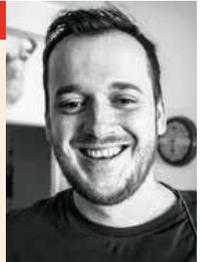
Stelzer wirbt mit arrangierten Bildern und dem sogenannten „Oberösterreich-Plan“ um „Zuversicht“ – eine Ansammlung abstrakter Zahlenspiele und inhaltsleerer Ankündigungen. Zeitgleich werden ein Großteil der Hilfgelder zurückgehalten und Förderungen nicht abgeholt. Das geht vor allem zu Lasten der Bevölkerung und zeigt sich in der gestiegenen Zahl von Langzeitarbeitslosen und einer rekordverdächtig niedrigen Beschäftigungsquote von Frauen aufgrund fehlender Kinderbetreuungsplätze.

Oberösterreich stehe gut da, hört man den Landeshauptmann immer wieder sagen. Dabei vergisst Stelzer, dass dies nicht ihm und der ÖVP, sondern den fleißigen

DER AUTOR:

Žarko Janković

ist Politikwissenschaftler und leitet seit 2020 die Abteilung „Daten und Analyse“ der SPÖ-Oberösterreich.



Oberösterreicher*innen zu verdanken ist. Sie haben es nicht verdient, mit Zahlenspielen zum Narren gehalten zu werden. Sie

„Die Oberösterreicher*innen verdienen eine Politik, die sie respektiert und soziale Lösungen anbietet. Deshalb braucht es jetzt mehr SPÖ.“

verdienen eine Politik, die sie respektiert und soziale Lösungen anbietet; Politik, die klar und direkt anpackt, wo es gebraucht wird. Deshalb braucht es jetzt mehr SPÖ.

Nach Inhalten sucht man bei der ÖVP-Oberösterreich vergeblich.



So geht Gemeindepolitik

Wie menschenfreundliche Politik in der Kommune gelingen kann.

ERICH WAHL

Die Gemeinde ist der unmittelbare Lebensbereich der Menschen. Im direkten Zusammenleben in der Gemeinde kristallisieren sich die Bedürfnisse, Wünsche und Anliegen der Gemeindebewohner*innen heraus. Wie diese Wünsche, Bedürfnisse und Anliegen in der Gemeinde artikuliert werden können, wie sie von der politischen Vertretung wahrgenommen werden und wie sie in der konkreten Gemeindegemeinschaft ihren Niederschlag finden, hat einen entscheidenden Einfluss auf die Lebensbedingungen der Menschen in der jeweiligen Gemeinde. Die Gemeindepolitik muss daher Räume für die Bewohner*innen schaffen, in denen alle ihren Platz finden.

Räume für Bürger*innen

Es braucht Raum für Diskussion und Meinungsaustausch, der den Menschen die Möglichkeit gibt, persönliche Befindlichkeiten, Bedürfnisse aber auch empfundene Widersprüche zu thematisieren.

Es muss Raum dafür geben, sich mit den eigenen Fähigkeiten und dem persönlichen Engagement einzubringen. Die soziale Einbindung und die Selbstwirksamkeit der Menschen muss gefördert und unterstützt werden. Das bedeutet unter anderem, dass der Zugang zu ehrenamtlichen Organisationen und Vereinen entsprechend niederschwellig gestaltet werden muss.

Auch die Umsetzung neuer Ideen und Projekte muss Raum und Unterstützung finden. Und schließlich muss die Gemeinde aneignbare Räume zur Verfügung stellen, damit Gemeindebürger*innen auch ihr Bedürfnis nach Mitgestaltung und nach dem Hinterlassen von Spuren ausleben können. Graffitiwände, Gemeinschaftsgärten, Ökoflächen usw. sind Beispiele dafür.

Die Gemeindepolitik muss dabei besonders darauf achten, dass Menschen nicht aufgrund ökonomischer Rahmenbedingungen, persönlicher Einschränkungen (alte bzw. behinderte Menschen) oder aufgrund der Herkunft (Migrationshintergrund, religiöse oder ethnische Zugehörigkeit) marginalisiert und gesellschaftlich an den Rand gedrückt werden. Entsprechende Integrationsmaßnahmen sind daher unbedingt erforderlich.

Verantwortung für Bürger*innen

Die Gemeindepolitik mit der Verwaltung darf sich aber nicht als das Maß aller Dinge verstehen, sondern soll eine mode-

„Die Gemeindepolitik mit der Verwaltung darf sich nicht als das Maß aller Dinge verstehen, sondern soll eine moderierende und unterstützende Haltung einnehmen.“

rierende und unterstützende Haltung einnehmen. Wenn es noch keine entsprechend entwickelte Kultur der Teilhabe gibt, kommt den politisch Verantwortlichen die Aufgabe zu, Initiati-

„Bürger*innen-Beteiligung ist für die Gemeindebevölkerung in hohem Maß identitätsstiftend und führt zu einer größeren Zufriedenheit.“

ven zu setzen und die Bürger*innen zu unterstützen und zu befähigen, es selber zu tun. So kann es schrittweise ge-

DER AUTOR:

Erich Wahl

ist seit 2007 Bürgermeister in der Gemeinde St. Georgen an der Gusen und Bezirkspartei-vorsitzender der SPÖ Perg.



Die Gemeindepolitik muss Räume für die Bewohner*innen schaffen, in denen alle ihren Platz finden.

lingen, den Menschen Verantwortung in der Kommune zu übergeben und damit das Gemeinwesen zu stärken.

Bürger*innen-Beteiligung ist für die Gemeindebevölkerung in hohem Maß identitätsstiftend und führt zu einer größeren Zufriedenheit. Außerdem wird die Politik und die Gemeindeverwaltung entlastet, weil die Menschen in vielen Bereichen selbst Verantwortung übernehmen. Eine klassische Win-win-Situation.

Gerstorfer, Schiller, Penn: SPÖ-Stimmen zu den Wahlen in Oberösterreich

Der Bildungskurier hat bei den drei SPÖ-Kandidat*innen Birgit Gerstorfer, Ines Schiller und Christian Penn nachgefragt, worauf es bei den bevorstehenden Wahlen in Oberösterreich ankommt.

Birgit Gerstorfer

Es macht einen Unterschied, ob man in einer roten Gemeinde wohnt oder in einem von der ÖVP oder FPÖ geführten Ort. Sei es bei der Kinderbetreuung, bei der Bildung, bei Leistungen für Familien, beim Erhalt von Arbeitsplätzen im Ort oder beim Angebot von leistbarem Wohnraum: Die SPÖ Bürgermeister*innen setzen sozialdemokratische Politik dort um, wo sie für die Menschen unmittelbar spürbar ist. Und genau das gilt es bei den Bürgermeister*innen- und Gemeinderatswahlen hervorstreichend. In der Corona-Krise wurde einmal mehr deutlich, wie wichtig die Kommunen sind. Sie sind – besonders in heiklen Situationen – der Anker für die Menschen; ein sicherer Hafen, wo man sich hinwenden kann, wenn man Unterstützung braucht. Umso wichtiger ist es mir, mich im Landtag dafür stark zu machen, dass die Gemeinden nicht weiter ausgehun-

gert werden. Zu oft wird Verantwortung abgeschoben. Zum Beispiel werden die Gemeinden beim so dringend benötigten Ausbau in der Kinderbetreuung von

„Wir wissen: Es braucht jetzt mehr SPÖ. Und in den kommenden Wochen ist es an uns, die Oberösterreicher*innen genau davon zu überzeugen!“

der zuständigen Landesrätin Christine Haberlander allein gelassen. Auch bei der Bewältigung der Krise hätte Landeshauptmann Stelzer mehr Einsatz für die Gemeinden, in deren Budget sich nun extreme Löcher auftun, zeigen können. Die Hilfen waren schlichtweg zu gering.

DIE AUTORIN:

Birgit Gerstorfer

ist Vorsitzende und Spitzenkandidatin der SPÖ Oberösterreich.



Aber unser Augenmerk darf nicht nur auf den SPÖ-geführten Gemeinden liegen. Die Fraktionen in den Minderheitsgemeinden leisten hervorragende Oppositionsarbeit und sorgen mit ihrer Hartnäckigkeit dafür, das Leben der Menschen besser und einfacher zu machen. Und mancherorts gibt es am 26. September die Chance, die politischen Verhältnisse zu verändern und vielleicht sogar umzudrehen. Wir wissen: Es braucht jetzt mehr SPÖ. Und in den kommenden Wochen ist es an uns, die Oberösterreicher*innen genau davon zu überzeugen!

Ines Schiller

Auf die Frage, was für die Gemeinderatswahlen aus meiner Sicht wichtig ist, gäbe es viele Antworten. Als Ischler Bürgermeisterin und ausgebildete Lehrerin sind mir die Themen Jugend und Bildung besonders wichtig. So möchte ich den Bürger*innen gerade auch im Wahlkampf bewusst machen, wie wichtig Kinderbetreuung ist; konkret die Tatsache, dass die erste Bildungseinrichtung der Kindergarten ist und Elementarpädagog*innen viel mehr Wertschätzung verdienen – auch finanzielle!

Klar ist für mich zudem die Notwendigkeit, die Qualität des Unterrichts sowie das Betreuungsangebot in unseren Pflichtschulen weiter auszubauen. Stichwort: verschränkter Unterricht und Nachmittagsbetreuung – Letzteres auch zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. So wird Bildungspolitik auch

zu lokaler Standortpolitik und damit zu einem wirtschaftlichen Thema. Wir in Bad Ischl arbeiten gerade daran, allen Schüler*innen sowie dem Lehrpersonal bestmögliche Rahmenbedingungen

„Als Ischler Bürgermeisterin und ausgebildete Lehrerin sind mir die Themen Jugend und Bildung besonders wichtig.“

fürs Lernen und Lehren zur Verfügung zu stellen. Mit der Digitalisierung der Volks- und Mittelschulen ab Herbst ist uns ein schöner Erfolg gelungen. Außerdem haben wir gerade das neue Schulzentrum auf dem Weg gebracht.

DIE AUTORIN:

Ines Schiller

ist SPÖ-Bürgermeisterin von Bad Ischl.



Last but not least plädiere ich dafür, der politischen Bildung in den Mittelschulen wieder einen höheren Stellenwert einzuräumen. Denn wenn wir hier von der kommenden Gemeinderatswahl sprechen, dann reden wir von einem Fundament unserer Demokratie; eine Demokratie, die es gerade nicht leicht hat. Die Schüler*innen für deren hohen Stellenwert zu sensibilisieren, erachte ich mittelfristig als eine der wichtigsten Aufgaben überhaupt.

PFLEGE BRAUCHT LIEBE, ZEIT & GELD.

BIRGIT
GERSTORFER

ES BRAUCHT JETZT MEHR SPÖ.

Christian Penn

Wahlen haben für mich einen Mehrfacheffekt. An erster Stelle steht dabei die Entscheidungsfreiheit jeder und jedes Einzelnen, in welche Richtung sich die eigene Gemeinde weiterentwickeln soll. Es ist der Blick nach vorne für die nächsten Jahre und gleichzeitig auch der Blick zurück. Wofür hat sich besonders die Minderheitsfraktion eingesetzt? Was vielleicht auch verhindert? „Tue Gutes und rede darüber“ gilt dabei besonders für eine Minderheitsfraktion, weil sie es in der öffentlichen Wahrnehmung oft ungleich schwerer hat als die Mehrheitsfraktion.

Ich sehe eine Wahl auch als Standortbestimmung für eine Partei. Wo stehen wir und wo wollen wir in den nächsten sechs Jahren hin? Dabei geht es im Besonderen auch um das Hinhören, auf Ideen und Anliegen der Bürger*innen. Das ist herausfordernd, weil es auch

bedeuten kann, sich von dem „das war immer schon so“ zu trennen, um Platz zu haben, für neue Personen und neuen Ideen. Man erfindet sich gewissermaßen neu, ohne dabei die eigenen Wurzeln abzuschneiden.

„Es braucht eine leidenschaftliche Politik, die Menschen in ihren Anliegen und Sorgen ernst nimmt.“

Die Aufgabe von Politik ist es, zu ermöglichen und zu gestalten. Das ist für eine Fraktion in der Minderheit sicher ungleich schwerer, als für die, die in der Mehrheit ist. Neben der inhaltlichen Positionierung ist, klarerweise, das Ziel jeder politischen Partei, Erster zu werden,

DER AUTOR:

Christian Penn

ist SPÖ-Bürgermeisterkandidat in der derzeit ÖVP-geführten Gemeinde Eferding.



damit man mit den Ideen und Vorhaben auch tatsächlich in die Umsetzung gehen kann. Bei aller Ernsthaftigkeit muss Politik auch Freude machen. „Nur wer selbst brennt, kann auch Feuer in anderen entfachen“ ist ein bekannter Spruch. Es braucht eine leidenschaftliche Politik, die Menschen in ihren Anliegen und Sorgen ernst nimmt; eine Politik, die sich für ein gutes Miteinander einsetzt und aktiv einen Beitrag zu einem guten Leben leistet.

Das Wunder von Bad Zell

Oder: „Warum engagiere ich mich in der Gemeinde für die SPÖ?“

DAVID DIESENREITHER

Der Entschluss, mich in der SPÖ Bad Zell zu engagieren, war kein leichter. Wie viele junge Erwachsene konnte auch ich mich lange Zeit keiner Partei verschreiben. Das heißt nicht, dass ich politisch uninteressiert war, vielmehr hatte ich das Gefühl wie so viele heutzutage, eigentlich niemanden wählen zu können, da ich überall Fehler finden konnte.

Zu viele negative Argumente standen bei jeder Partei den positiven gegenüber. Auch in der SPÖ, zu der ich mich noch am ehesten zugehörig fühlte, gab es immer wieder politische Entscheidungen, die mich enttäuschten, offene Streitigkeiten, die mich ärgerten oder Handlungen in der Partei, die ich bis heute nicht verstehen kann.

In Laufe der Zeit merkte ich aber, dass meine persönliche Einstellung, mein Weltbild und mein zunehmendes Verantwortungsbewusstsein doch immer stärker den Grundwerten der SPÖ entsprachen. Den endgültigen Entschluss konnte ich aber erst mit der Einsicht fassen, dass ich nicht immer nur jammern kann über Politik und Gesellschaft, sondern selbst aktiv Teil der Lösungsfindung sein möchte. Dies ist meiner Meinung nach über den Weg der Kommunalpolitik möglich.

Geeint durch gemeinsame Grundsätze haben sich in Bad Zell nun 13 junge Persönlichkeiten mit einem gemeinsamen Ziel zusammengefunden: Durch aktive Zusammenarbeit mit den Bürger*innen sowie lokalen und regio-

„Wir wollen das Leben der Menschen leichter und schöner machen, unabhängig von ihrem finanziellen oder gesellschaftlichen Status.“

nalen Politiker*innen wollen wir als SPÖ Bad Zell im kleinen Rahmen das Leben im Ort für alle lebenswerter machen. Vor allem Themen, die die Grundwerte der SPÖ widerspiegeln, sehen wir immer mehr in Vergessenheit geraten. Daher ist uns ein stärkerer Fokus auf Kinder und Familien wichtig, egal ob das sichere Schulwege oder einen sicheren Ort zum Spielen und Verweilen betrifft. Wir wollen das Leben der Menschen leichter und schöner machen, unabhängig von ihrem finanziellen oder gesellschaftlichen Status. Wir werden gute Ideen objektiv und unabhängig von der Quelle als solche akzeptieren und

DER AUTOR:

David Diesenreither

wird künftig Fraktionsvorsitzender der SPÖ Bad Zell sein. Er ist 26 Jahre alt, wohnt mit seiner Freundin in Bad Zell und studiert derzeit Mathematik und Geschichte/Politische Bildung auf Lehramt in Linz.



nicht kategorisch und eitel aufgrund von Parteistrategie ablehnen. Wir stehen für einen neuen Umgang in der Politik, offenes Reden mit allen, keinen Klubzwang und keine Freunderlwirtschaft.

Wir in Bad Zell sind davon überzeugt, dass dies der richtige Weg für die SPÖ und die Politik im Allgemeinen ist. Die Menschen dürfen nicht unterschätzt werden. Sie sehen Ungerechtigkeiten, sie erkennen Ehrlichkeit und Engagement, sehen aber auch, was falsch läuft und wann eigene Grundsätze nicht mehr hochgehalten werden.

„Wir wollen anpacken und etwas Gutes zu tun, die Fahne der Gerechtigkeit hochhalten und für die Schwächsten in unserer Gesellschaft aufstehen.“

Wir wollen anpacken und etwas Gutes zu tun, die Fahne der Gerechtigkeit hochhalten und für die Schwächsten in unserer Gesellschaft aufstehen.

Ein junges 13-köpfiges Team hat sich in Bad Zell zusammengefunden, um als SPÖ Bad Zell neu durchzustarten.



130 Jahre SPÖ Oberösterreich: Alt und zeitgemäß!

130 Jahr nach der Gründung der oberösterreichischen Sozialdemokratie sind die damals ausgerufenen Ziele aktueller denn je: ein Ende von Besitzprivilegien und eine gerechte Gesellschaft für alle.

BERND DOBESBERGER

Im Wirtshaus „Zum Goldenen Hirschen“ in Linz wurde am 14. November 1891 die oberösterreichische Landesorganisation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei gegründet. Damals regierte Kaiser Franz Josef, Victor Adler führte die Sozialdemokratie Österreichs und Oberösterreich war viel eher ein Bauern-, als ein Industrieland. 20 Prozent der Erwerbstätigen

(wieder) um die alten Themen: Sicherung und Ausbau der Demokratie, gerechte Einkommen und kürzere Arbeits-

„Die ursprünglichen Ideen und Ziele der Sozialdemokratie lassen sich ohne große Probleme ins Heute transferieren. Ja, die Partei ist alt, aber ihre Ziele und Forderungen sind nicht aus der Zeit gefallen!“

zeiten. Die ursprünglichen Ideen und Ziele der Sozialdemokratie lassen sich ohne große Probleme ins Heute transferieren. Ja, die Partei ist alt, aber ihre Ziele und Forderungen sind nicht aus der Zeit gefallen!

SPÖ als Bildungspartei

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei war bei ihrer Gründung aber nicht nur Kampfpartei, sie war auch Bildungspartei. Die Menschen, deren

DER AUTOR:

Bernd Dobesberger ist Landesbildungsvorsitzender der SPÖ Oberösterreich.



Interessen sie vertrat, sollten verstehen lernen, wie Ausbeutung und Unterdrückung funktioniert bzw. wer davon profitiert. Und die Partei und ihre Repräsentant*innen vermittelten auch, wie die Gesellschaft daher in Zukunft gleicher und gerechter gestaltet werden sollte. Auch heute muss Bildungsarbeit die Aufgabe der Sozialdemokratie sein, denn ohne das Verstehen der gesellschaftlichen Verhältnisse kann die Veränderung ungerechter Verhältnisse nicht gelingen.

„Die neugegründete Partei wollte gleiche demokratische Rechte für alle und kämpfte gegen Privilegien der Besitzenden, sie forderte höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten und sie trat entschlossen gegen jede Form der Ausbeuterei auf.“

waren Arbeiter*innen in Industrie oder Gewerbe, fast 60 Prozent waren in der Landwirtschaft tätig. Die neugegründete Partei wollte gleiche demokratische Rechte für alle und kämpfte gegen Privilegien der Besitzenden, sie forderte höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten und sie trat entschlossen gegen jede Form der Ausbeuterei auf.

Alte Partei, zeitgemäße Ziele

In den vielen Jahrzehnten seit dieser Gründung haben sich die Verhältnisse gewandelt, etwa wurde aus der Monarchie eine Republik, aus ersten rudimentären Formen sozialer Absicherung wurde der Sozialstaat, auch die Einkommen stiegen und die Arbeitszeiten wurden kürzer. Trotzdem geht es auch heute

1905 Wahlrechtsdemo Linz



Neuerscheinung: Ungleiche Verteilung

- Wie steht es um die Bildungschancen von Arbeiter*innenkindern?
- Warum bekommen Frauen weniger Pension als Männer?
- Wieviele Menschen leben in Armut und wer besitzt wieviel?

Diese und viele weitere Zahlen, Daten und Fakten findest du in einer brandneuen Broschüre des Jahoda Bauer Instituts und der Arbeiterkammer Wien. In der Wissenschaft ist klar: Gleichere Gesellschaften sind glücklicher. Politisch gilt es noch Überzeugungsarbeit zu leisten, in dieser Broschüre findest du die wichtigsten Argumente dazu. Jetzt downloaden unter www.jbi.or.at oder bestellen unter office@jbi.or.at



Renner Institut OÖ

Abschluss der Nachwuchsakademie

Junge Menschen aus den Jugendorganisationen genauso wie kommunal interessierte trafen sich ab Herbst 2020 zur ersten Nachwuchsakademie des Renner Institutes. Der Verlauf der NawAk wurde von Corona ordentlich durchgebeutelt, zwei Module mussten online abgehalten werden - mit den bekannten Vor- und Nachteilen. Trotzdem gelang es, ein tragfähiges Netzwerk zu bewerkstelligen und den Teilnehmer*innen das für politische Arbeit erforderliche Know-how zu vermitteln. Nach den fünf absolvierten Modulen besteht sogar der Wunsch nach Fortsetzung – eine höchst erfreuliche Entwicklung! Und ein weiterer Beweis dafür, dass junge Menschen sich engagieren und die Gesellschaft mitgestalten wollen.



Die erste Nachwuchsakademie des Renner Institutes OÖ verlief wegen der Pandemie bedingten Umstellungen etwas turbulent. Nichtsdestotrotz war sie ein voller Erfolg: zufriedene Teilnehmer*innen (leider waren beim Fotoshooting nicht alle dabei), aktivierte Netzwerke und neues Wissen.

Junge Generation OÖ

Besuch bei der Landesausstellung Arbeit - Wohlstand - Macht

Die diesjährige Landesausstellung in Steyr dreht sich ganz um das Thema Arbeit, nicht passender könnte dies für einen Ausflug der Jungen Generation Oberösterreich sein. Einen Freitag Mitte Juli nutzten wir dann für einen Besuch im Museum Arbeitswelt. In einer interaktiven Führung konnten wir mehr über die Arbeits- und Wohlstandsverhältnisse über die letzten Jahrzehnte hinweg erfahren. Von der Industrialisierung bis zur Zukunft der Arbeit reisten wir in unserer Tour durchs Museum. Wir bekamen Einblicke in den Arbeitsalltag, das Familienleben und die vielfältigen Herausforderungen der Fabrikarbeiter*innen der Industriestadt Steyr. Anschließend führten wir den Abend mit einer Sitzung fort, bei der uns auch Bürgermeisterkandidat Ing. Markus Vogl besuchte. Bei spannenden Diskussionen und regem Austausch unterhielten wir uns über die Zeit vor der Wahl. Wir wünschen allen unseren Kandidat*innen viel Erfolg für die Wahlen.



Die Junge Generation Oberösterreich bei der diesjährigen Landesausstellung in Steyr

SPÖ Frauen OÖ

Die Oberösterreicherin Eva-Maria Holzleitner ist neue SPÖ-Bundesfrauenvorsitzende/Frauenchefin

Erstmals standen bei einer SPÖ-Bundesfrauenkonferenz drei Kandidatinnen für den Frauenvorsitz zur Wahl. Schließlich konnte Eva-Maria Holzleitner aus Wels die Stichwahl gegen Mireille Ngoosso für sich entscheiden.

Nationalratsabgeordnete Eva-Maria Holzleitner hob in ihrer Rede die Bedeutung der Selbstbestimmung für die SPÖ-Frauenpolitik hervor. Das betreffe die Rollenklischees, die Bildungspolitik, die Arbeitswelt, das Einkommen, die Gesundheitsvorsorge und ein Leben ohne Existenzängste. „Selbstbestimmung ist das, was mich frauenpolitisch antreibt“, betonte Holzleitner

Gabriele Heinisch-Hosek macht Platz für eine andere Generation.

In ihrer Abschiedsrede als Bundesfrauenvorsitzende hat Gabriele Heinisch-Hosek, die mit Standing Ovation für ihre 12 Jahre als Bundesfrauenvorsitzende beklatscht wurde, betont: „Wir werden in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren viele Reparaturarbeiten zu erledigen haben. Da braucht es eine ganz starke Sozialdemokratie und eine ganz starke Frauenorganisation!“

Mit tränen in den Augen sagte sie zum Abschluss: „Es war mir eine große Freude und eine ganz große Ehre, eure Bundesfrauenvorsitzende gewesen sein zu dürfen!“

SPÖ Frauen OÖ

Heitz: „Wir können es uns nicht aussuchen. Wir bluten alle.“

SPÖ Frauen spenden Jahresvorrat von Frauen-Hygieneartikeln für 30 Frauen an SOMA Markt.

Im Laufe eines Lebens gibt eine Frau über 10.000 Euro für Menstruationsartikel, Schmerzmittel, die Pille und mehr aus. Doch Monats-Hygieneartikel sind keine Luxusware, sondern eine Notwendigkeit. Vor allem für junge Mädchen oder Frauen, die finanziell schlecht gestellt sind, kann das im Alltag zu einer zusätzlichen finanziellen Belastung werden. Deshalb haben die SPÖ Frauen Oberösterreich erst gestern 1700 Tampons und 1700 Binden an den SOMA Markt in Linz gespendet.

Zudem stellt die Landesorganisation seit Juni 2021 für alle Mitarbeiterinnen in der SPÖ Oberösterreich kostenlose Frauen-Hygieneartikel zur Verfügung. Die Auslieferung an die Bezirksgeschäftsstellen fand bereits statt. „In der SPÖ Oberösterreich sind mehr als die Hälfte Frauen beschäftigt. Wir setzen hier einen wesentlichen Schritt zur Gleichbehandlung und möchten vorbildlicher Arbeitgeber im Sozialbereich sein“, sagt Georg Brockmeyer, Landesgeschäftsführer der SPÖ Oberösterreich. Es



Bild: Astrid Knie

v.l.n.r.: Laura Wiednig, Landesfrauengeschäftsführerin Oberösterreich, NR.in Eva-Maria Holzleitner, Bundesfrauenvorsitzende und Renate Heitz, Landesfrauenvorsitzende Oberösterreich

war den SPÖ Frauen Oberösterreich wichtig, dass allen Mitarbeiterinnen kostenlose Menstruationsartikel am Arbeitsplatz zur Verfügung stehen. „Nicht nur, wegen der übersteuerten Steuer, sondern weil diese Produkte zum Grundbedarf zählen und genauso wie Toilettenpapier am Arbeitsplatz kostenlos zur Verfügung stehen sollten. Wir Frauen haben uns das nicht ausgesucht, wir bluten alle“, betont Landesfrauenvorsitzende Renate Heitz.



v.l.n.r.: Renate Heitz, Landesfrauenvorsitzende Oberösterreich, Laura Wiednig, Landesfrauengeschäftsführerin Oberösterreich

Sozialistische Jugend OÖ

Platz Da! Her mit dem schönen Leben!

Während die einen mehrere Villen besitzen, mit dem eigenen Privatjet und der Jacht kein Weg zu weit ist und auch der private Seezugang leicht erschwinglich ist, wissen viele nicht wie sie über die Runde kommen sollen. Zu wenig Geld für die Miete, kein Arbeitsplatz, fehlende Lehrstellen, Überstunden bis zum Umfallen, Stress und psychische Belastungen gehören zum Alltag von unzähligen Menschen.

Es ist deshalb schon längst an der Zeit Platz für die Interessen von uns allen zu schaffen. Platz für die Interessen der arbeitenden Menschen. Egal ob es der freie Seezugang für alle, vernünftige und kostenlose Bus- und Bahnverbindungen in ganz Oberösterreich, eine längst notwendige Arbeitszeitverkürzung, der Kampf gegen Rechts oder mehr Platz für Jugendkultur ist: Die Kandidat*innen der Sozialistischen Jugend bei den Landtags- und Gemeinderatswahlen setzen sich für ein schönes und lebenswertes Leben für alle ein.



PLATZ DA!
HER MIT DEM
SCHÖNEN LEBEN!

Nina Andree
Landtagskandidatin &
Landesvorsitzende SJ OÖ

Auf sj-ooe.at findest du all unsere Forderungen & Kandidat*innen. Wir freuen uns über Deine Vorzugsstimme!



**WIR
KÄMPFEN UM
ARBEITS-
PLÄTZE!**

**CHARLY
SCHALLER**

ES BRAUCHT JETZT MEHR SPÖ.

**BIRGIT
GERSTORFER**

Impressum: SPÖ Oberösterreich, Landstraße 36, 4020 Linz, Bild: Sebastian Philipp